

Fred Karl & Ingrid Friedrich
(Hrsg.):

Seniorenbildung in Europa

Materialien aus EU-Projekten

Kassel 2007

Kasseler Gerontologische Schriften Band 37

Kasseler Gerontologische Schriften

hrsg. von Prof. Dr. Fred Karl

*Universität Kassel FB 4
Arnold-Bode-Str. 10
34109 Kassel*

*Redaktion und Gestaltung dieses Bandes: Fred Karl, Ingrid Friedrich
Umschlaggestaltung: Arne Ruven Frisch*

*Redaktion der Schriftenreihe:
Ingrid Friedrich*

*Gedruckt mit finanzieller Unterstützung aus dem Projekt Unidos
(Bewilligungsnummer 06-DEU03-S2G01-00277-2)
Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Aktion
Grundtvig des Programms SOKRATES durchgeführt. Die alleinige inhaltliche Verantwortung
dieses Bandes liegt bei den Herausgebern und gibt in keiner Weise die Meinung der Europäi-
schen Kommission wieder.*

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber: EU-Projekte zur Situation älterer Menschen und zur Seniorenbildung in Europa	7
Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“	13
Zur Lebenssituation älterer Menschen in Spanien, Deutschland, Griechenland und Ungarn <i>Susann Schuster</i>	23
Das UNIDOS-Projekt <i>Ingrid Friedrich</i>	35
Main Issues and Trends in Adult Education in Europe <i>Jumbo Klercq</i>	39
Verzeichnis der Kasseler Gerontologischen Schriften	63

EU-Projekte zur Situation älterer Menschen und zur Seniorenbildung in Europa

Fred Karl & Ingrid Friedrich

Das vorliegende Bändchen stellt – als Zwischenbilanz eines laufenden Projekts – in erster Linie eine Materialsammlung dar, die den „Lehrenden“ und „Lernenden“ des im Socrates/Grundtvig- Programm der EU geförderten Unidos-Projekts Aufschluss über neuere Entwicklungen in der Seniorenbildung im europäischen Kontext geben soll. Zielgruppe sind die beteiligten älteren Menschen in der Kasseler Region sowie interessierte Studierende und die mit dem Unidos-Projekt kooperierenden Erwachsenenbildner.

Die Auswahl der Beiträge in dieser Materialsammlung macht die zwei Hauptphasen der Projektarbeit deutlich. Nachdem zunächst intensiv über die Lebenssituation älterer Menschen in Europa (siehe den Auszug aus dem *Grünbuch zum demographischen Wandel* der Europäischen Kommission) und zu den im Unidos-Projekt beteiligten vier Ländern (siehe den Beitrag von *Susann Schuster*) geforscht wurde, steht in einem zweiten Schritt mit den Partnern im Unidos-Projekt, den Teams aus Granada/Almeria (Spanien), Athen (Griechenland) und Nyíregyháza (Ungarn) die Ausarbeitung eines Gemeinsamkeiten und Unterschiede verbindenden Kurs- und Interventionsprogramms an (siehe den Überblick von *Ingrid Friedrich* über das zweijährige Arbeitsprogramm des Unidos-Projektes).

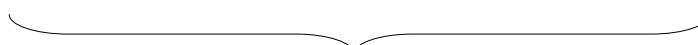
Der Beitrag von *Jumbo Klerq*, einem der ausgewiesenensten Erwachsenenbildnern in Europa mit umfänglicher Erfahrung in der Projekt Netzwerkarbeit, breitet in seinem Gastbeitrag die *Kernaufgaben und zukünftigen Trends einer Erwachsenen- und Seniorenbildung* in Europa aus.

Die Auswahl der konkreten Zielgruppe und die Entscheidung darüber, welche konkreten Bedürfnisse mit dem Bildungsangebot „befriedigt“

werden sollen und können, ist nicht ohne Brisanz, will man sich nicht nur auf jene älteren Menschen aus dem Bildungsbürgertum konzentrieren, die bisher gerne an „Aulas“, Angebote von Seniorenuniversitäten und weiteren attraktiven Angeboten teilgenommen haben.

Guia A → Necessidades / Needs ?

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
DEMOGRAFIA	SALUD /	PROTECCIÓN SOCIAL /	VIVIENDA, TRABAJO Y SITUACIÓN ECONÓMICA /	CONVIVENCIA, RELACIONES PERSONALES /	ACTIVIDADES, ACTITUDES Y VALORES /	SERVICIOS SOCIALES /
DEMOGRAFIA	HEALTH	SOCIAL PROTECTION	HOUSING, WORK AND ECONOMIC SITUATION	LIVING TOGETHER, RELATIONSHIPS	ACTIVITIES, ATTITUDES AND VALUES	SOCIAL SERVICES



De ahí resulta la deducción de las necesidades siguientes...?

From this we can deduct the following needs ...?

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T



Im Unidos-Projekt wurde länderübergreifend eine Bestandsaufnahme zur Lebenssituation in den sieben Dimensionen der Demographie, Gesundheit, Sozialstaat/Wohlfahrtsmix, Wohnen und Einkommen, Alltagsaktivitäten und Lebensstile sowie sozialer Dienstleistungen erstellt („Guia A“). In der zweiten Projektphase ist zu klären, ob aus der empirischen Beschreibung deduktiv „Bedürfnisse“ abgeleitet werden können - die obige Folie hinterfragt dies - oder ob ein induktiver, partizipativer Weg mit den teilnehmenden „Lernenden“ einzuschlagen ist.

Für verknüpfte EU-Projekte ist zu beachten, dass die Heterogenität – die „Diversidad“ im Titel des Unidos-Projekts - der Lebenssituation

älterer Menschen in Europa und in den Regionen der Mitgliedsländer in allen zu betrachtenden Dimensionen erheblich ausprägt ist. „Nord-europäer sind gesünder und reicher, aber die Menschen im Süden leben länger“, fasst der Koordinator des SHARE-Projekts („Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ knapp zusammen (www.share-project.org). Das Projekt untersuchte die Lebenssituation von Menschen im Alter von 50 und mehr Jahren aus elf europäischen Ländern hinsichtlich der Dimensionen Gesundheit, Beschäftigung, Einkommen/Vermögen, Familie und soziale Netzwerke.



Bezogen auf die Bedarfe und Bedürfnisse der über 75-Jährigen analysiert das Projekt FELICIE (Future Elderly Living Conditions in Europe – who will care: www.felicie.org) bestehendes Datenmaterial aus neun Ländern.

Zur Stärkung der Partizipation Älterer heben mehrere Projekte die Ressourcen und Potentiale älterer Menschen hervor. In den letzten Jahren arbeitete das NIGEL-Projekt an „Neuen aktivierenden Methoden in der Weiterbildung für Ältere zur Stärkung der Europäischen Zivilgesellschaft“ (www.generationendialog.de). Basierend auf dem bundesdeutschen Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen – seniorTrainerin“ (EFI) strebt nunmehr der Projektverbund LACE eine kreative Verknüpfung von lebenslangem Lernen und der Etablierung innovativer Rollen Älterer an. LACE steht für „Lifelong

Learning and Active Citizenship in Europe's Ageing Society“ und Projektpartner aus sieben Ländern (www.isab-institut.de und www.eurog-europe.org).

Lifelong Learning and Active Citizenship in Europe's Ageing Society (LACE) 2000-2007 



Seit mehreren Jahren kooperiert das Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm im Netzwerk „Learning in Later Life (LiLL)“ mit anderen europäischen Ländern mit besonderer Betonung des selbstorganisierten Lernens und internetbasierter Kommunikation (www.uni-ulm.de/LiLL). Gegenwärtig wird eine Datenerhebung zur Seniorenbildung in Europa durchgeführt.



Das „Pan-European Network for Education of the Elderly“ (PEFETE) stellt bisher das breiteste Netzwerk von Einrichtungen der Erwachsenen- und Seniorenbildung in 14 Ländern Europas dar (www.pefete.eu). In dem vorliegenden Band finden Sie einen Beitrag des Koordinators des Netzwerkes, *Jumbo Klerq*, zu den „Main Issues and Trends in Adult Education“, ein Papier, das auf der Abschlusstagung des Projektverbunds im Juni 2006 in Sofia (Bulgarien) vorgelegt wurde.



Die Herausgeber danken der Europäischen Kommission für die Genehmigung, Auszüge aus dem Grünbuch zum demographischen Wandel abdrucken zu dürfen. Mit dieser Bestandsaufnahme zur gegenwärtigen Situation der Generationenverhältnisse beginnt der vorliegende Materialienband. Den vollständigen Text des Grünbuchs mit den Handlungsempfehlungen der Kommission finden Sie im Internet unter http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/20005/mar/comm2005-94:de.pdf.

Die Herausgeber

Fred Karl
Ingrid Friedrich



Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

*Kommission der Europäischen Gemeinschaften,
Mitteilung KOM(2005)94*

Europa erlebt heute demografische Veränderungen, die in Ausmaß und Konsequenzen ohne Beispiel sind. 2003 lag das natürliche Bevölkerungswachstum in Europa bei nur 0,04 % pro Jahr; die neuen Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Zypern und Malta, verzeichneten sogar einen Rückgang der Bevölkerungszahl. In vielen Ländern ist der Beitrag der Zuwanderung mittlerweile entscheidend für die Aufrechterhaltung des Bevölkerungswachstums. Die Fruchtbarkeitsziffer liegt überall unter der für die Erneuerung einer Generation nötigen Schwelle (etwa 2,1 Kinder pro Frau); in vielen Mitgliedstaaten ist sie sogar unter 1,5 Kinder pro Frau gefallen.

Aber die Europäer haben de facto weniger Kinder, als sie eigentlich möchten. Dies ist Ausdruck der vielfältigen Einschränkungen, die die Entscheidung potentieller Eltern beeinflussen; dazu gehören u. a. auch zunehmende Schwierigkeiten beim Zugang zu Wohnraum.

Es ist aber auch ein Zeichen dafür, dass die Familien, deren Strukturen unterschiedlich aussehen, die aber generell einen wesentlichen Bestandteil der europäischen Gesellschaft ausmachen, keine Rahmenbedingungen vorfinden, die sie dazu ermutigen, Kinder großzuziehen. Wenn Europa den Trend des demografischen Rückgangs umkehren will, so muss die Politik vorrangig die Familien ermutigen und Frauen wie Männern die Möglichkeit bieten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Hinzu kommt, dass die Familie auch weiterhin eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Solidarität zwischen den Genera-

tionen spielen wird. Die EU muss also die Situation der Familien in den einzelnen Mitgliedstaaten besser kennen, insbesondere im Hinblick auf Beschäftigung und das Einkommen von allein erziehenden Vätern und Müttern, den Zugang zu Wohnraum, Sozialleistungen und Pflege älterer Menschen.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Bevölkerung der EU dürfte bis 2025 nur noch leicht anwachsen, und dies vor allem dank der Zuwanderung, um danach zu schrumpfen: 458 Millionen Einwohner im Jahre 2005, 469,5 Millionen im Jahre 2025 (+ 2 %), dann 468,7 Millionen im Jahre 2030. Aber 55 der 211 Regionen der Europäischen EU mit 15 Mitgliedstaaten verzeichneten schon in der zweiten Hälfte der 90er Jahre einen Bevölkerungsrückgang; dies gilt auch für die meisten Regionen der neuen Mitgliedstaaten (35 von 55), bedingt durch natürlichen Rückgang und Nettoabwanderung.

Dieser Rückgang ist noch rascher und tief greifender, wenn man sich nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 - 64 Jahre) ansieht: zwischen 2005 und 2030 dürfte hier ein Rückgang um 20,8 Millionen zu verzeichnen sein.

Diese demografischen Veränderungen sind das Ergebnis dreier Grundtendenzen:

- *Die anhaltende Verlängerung der Lebenserwartung.* Dies ist das Ergebnis einer deutlichen Verbesserung von Gesundheit und Lebensqualität für die Europäer: die Aussicht auf ein Leben bei guter Gesundheit steigt unablässig. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, mit einer Verringerung der Unterschiede in der Lebenserwartung von Männern und Frauen. So kann es sein, dass vier Generationen einer Familie gleichzeitig leben, aber sie sind heute mobiler und leben nicht mehr - wie früher - notwendigerweise zusammen.
- Die Zunahme der *Altersgruppe über 60* wird noch bis 2030 spürbar sein, wenn die Kinder der „Baby-Boom-Generation“ das Rentenalter erreichen.
- *Eine anhaltend geringe Geburtenrate.* Die Generation der „Baby-Boomer“ hat weniger Kinder in die Welt gesetzt als die Generationen davor. Zahlreiche Faktoren sind für diese niedrige Geburtenrate ver-

antwortlich: die Schwierigkeiten beim Eintritt ins Arbeitsleben, wenig und teurer Wohnraum, Hinausschieben der ersten Geburt, andere Entscheidungen hinsichtlich Bildung, Erwerbsleben und Familienleben. Die Fruchtbarkeitsziffer ist fast überall niedriger als das Reproduktionsniveau. In einigen Ländern im Süden und Osten Europas liegt sie sogar unter 1,3 Kindern pro Frau.

Die Gesellschaft wird auch tief greifende strukturelle Veränderungen erfahren: Familienstrukturen verändern sich, es wird mehr „ältere Arbeitnehmer“ (55-64) geben, mehr Rentner (65 - 79), mehr alte Menschen (80 und älter), weniger Kinder, Jugendliche und Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. Und die Übergänge zwischen den verschiedenen Lebensabschnitten sind unschärfer geworden: dies gilt insbesondere für die Jugendlichen, die bestimmte Phasen (Abschluss des Studiums, Zugang zum Erwerbsleben, erstes Kind) später erreichen.

1. Die Herausforderung der demographischen Situation

Die drei Ursachen des Alterns der Bevölkerung finden sich überall in Europa, aber in sehr unterschiedlichen Ausprägungen, die man folgendermaßen zusammenfassen kann:

- *Die EU besitzt keinen „demografischen Motor“ mehr.* Die Mitgliedstaaten, deren Bevölkerung bis 2050 nicht schrumpft, verlieren zunehmend an Gewicht. Von den fünf bevölkerungsreichsten Mitgliedstaaten werden lediglich Großbritannien und Frankreich zwischen 2005 und 2050 einen Bevölkerungszuwachs (+ 8 % bzw. + 9,6 %) verzeichnen. Der Rückgang der Bevölkerungszahl beginnt in einigen Fällen vor 2015 und erreicht in manchen Staaten bis 2050 mehr als 10 % oder sogar 15 %.
- *Die Einwanderung* hat in jüngster Zeit das Geburtendefizit in vielen Ländern abgemildert.
- Die Situation in den *Beitritts- und Kandidatenländern* verstärkt die demografischen Kontraste. Für Bulgarien und Rumänien wird eine rückläufige Entwicklung (-21 % bzw. -11 % bis 2030) prognostiziert, ähnlich wie es die UNO für Kroatien erwartet (-19 %). Auf der anderen Seite dürfte die Bevölkerung der Türkei zwischen 2005 und 2030 um mehr als 19 Millionen (+ 25 %) wachsen.

<i>Basisszenario von Eurostat, EU-25</i>	<i>2005-2050</i>	<i>2005-2010</i>	<i>2010-2030</i>	<i>2030-2050</i>
Gesamtbevölkerung	-2,1%	+1,2%	+1,1%	-4,3%
Kinder (0-14)	-19,4%	-3,2%	-8,9%	-8,6%
Jugendliche (15-24)	-25,0%	-4,3%	-12,3%	-10,6%
Junge Erwachsene (25-39)	-25,8%	-4,1%	-16,0%	-8,0%
Erwachsene (40-54)	-19,5%	+4,2%	-10,0%	-14,1%
"Ältere Arbeitnehmer" (55-64)	+8,7%	+9,6%	+15,5%	-14,1%
„Senioren“ (65-79)	+44,1%	+3,4%	+37,4%	+1,5%
Sehr alte Menschen (80 und älter)	+180,5%	+17,1%	+57,1%	+52,4%

Diese Entwicklungen sind in einem größeren Rahmen zu sehen: alle Regionen der Welt werden im Laufe dieses Jahrhunderts eine Alterung erleben. Unser wichtigster Partner, die Vereinigten Staaten, wird zwischen 2000 und 2025 ein Bevölkerungswachstum um 25,6 % erleben. In China wird sie sich rasch vollziehen, mit einem Rückgang der Bevölkerungszahl ab 2025. Die „Nachbarn“ Europas in Afrika wie im Nahen Osten werden dieses Phänomen sehr viel später erleben: die Bevölkerung dort ist sehr viel jünger, mit einem Durchschnittsalter von 20 Jahren oder weniger, gegenüber 35 in Europa.

1.1. Die Herausforderung einer niedrigen Geburtenrate

Die Europäer weisen eine niedrige Geburtenrate auf, wodurch das Reproduktionsniveau nicht mehr gewährleistet ist. Erhebungen zeigen die Diskrepanz zwischen der Zahl an Kindern, die die Europäer gerne hätten, und der tatsächlichen Kinderzahl: 2,3 gegenüber 1,5. Dies bedeutet: wenn entsprechende Strukturen vorhanden wären, die es potenziellen Eltern erlauben würden, die gewünschte Zahl an Kindern zu haben, dann könnte die Fruchtbarkeitsziffer steigen, selbst wenn die Größe der Wunschfamilie zwischen den Mitgliedstaaten sehr schwankt.

Hierin kommen in der Tat die Einschränkungen zum Ausdruck, denen der Einzelne bei seinen Entscheidungen ausgesetzt ist: später oder unsicherer Zugang zur Beschäftigung, teurer Wohnraum, Mangel an Anreizen (Familienzulagen, Elternurlaub, Kinderbetreuungsangebot, gleiches Arbeitsentgelt). Ein entsprechendes Angebot kann in der Tat eine positive Wirkung auf die Geburtenrate haben und gleichzeitig die Beschäftigung vor allem der Frauen fördern, wie einige Länder gezeigt haben. Jedoch erklärten 84 % der im Rahmen einer „Eurobarometer“-Umfrage 2004 befragten Männer, noch keinen Elternurlaub genommen zu haben und dies auch nicht zu planen, obwohl sie über ihre diesbezüglichen Rechte informiert waren.

1.2. Der mögliche Beitrag der Zuwanderung

Die Zuwanderung aus Drittländern könnte einen Rückgang der Bevölkerungszahl bis 2025 ausgleichen, aber sie kann nicht allein alle Probleme durch das Altern der Bevölkerung lösen oder Wirtschaftsreformen ersetzen. Wie im unlängst veröffentlichten Grünbuch der Kommission betont, könnte eine verstärkte Zuwanderung immer mehr notwendig werden, um den Bedarf an Arbeitskräften zu decken und den Wohlstand Europas zu sichern. Angesichts der demografischen Situation in Europa und seiner unmittelbaren Nachbarschaft wird diese Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen zum großen Teil auch eine Zuwanderung sein, die den Bevölkerungsstand stabilisiert. Die Frage, ob in größerem Maße auf Einwanderung als eine Antwort auf die demographische Alterung zurückgegriffen werden sollte, muss auf nationaler und europäischer Ebene und in Gesprächen mit den Herkunftsländern diskutiert werden.

2. Eine neue Solidarität der Generationen

Der demografische Wandel ist im Begriff, eine neue Gesellschaft zu formen, und ab 2010 wird sich dies noch beschleunigen: immer weniger Jugendliche und Erwachsene, immer mehr ältere Arbeitnehmer, Rentner und sehr alte Menschen. Unsere Gesellschaften müssen neue Wege finden, um das Wachstumspotential zu nutzen, das die jungen Generationen und die älteren Mitbürger bieten. Der Beitrag aller Ak-

teure ist zur Bewältigung dieses Wandels erforderlich: es muss eine neue Solidarität zwischen den Generationen entwickelt werden, die aus gegenseitiger Unterstützung und dem Transfer von Kompetenzen und Erfahrung erwächst. Die europäische Jugendinitiative, von der Kommission in ihrer Mitteilung über die Zwischenbewertung der „Strategie von Lissabon“ vorgeschlagen, muss dazu beitragen.

2.1. Bessere Integration von Jugendlichen

Kinder und Jugendliche müssen die Stafette übernehmen von der Generation vor ihnen, die zahlenmäßig stärker ist als sie selbst. Zweifellos ist ihr Bildungsniveau deutlich höher als das der Älteren: so hatten 2003 in der EU-15 nahezu 28 % der Menschen im Alter von 25 bis 34 einen Hochschulabschluss erreicht, gegenüber nur 16 % der 55- bis 64-Jährigen. Dies lässt erwarten, dass Produktivität und Anpassungsfähigkeit höher sind als bei den früheren Generationen. Allerdings muss die EU sich bewusst machen, dass ihre Jugend langsam eine rare Ressource wird, die nicht ausreichend gewürdigt wird. Gerade die Jugendlichen stehen vor Integrationsproblemen:

- Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen unter 25 Jahren lag im Dezember 2004 bei 17,9 %, bei denen über 25 bei 7,7 %.
- Jugendliche sind besonders dem „Armutsrisko“ ausgesetzt: dies gilt für 19 % der 16- bis 24-Jährigen, gegenüber 12 % bei denjenigen im Alter von 25 bis 64. Dieser Anteil liegt auch höher als bei den Menschen über 65 Jahren (17 %).
- Jugendliche sind oft mit Diskriminierungen aufgrund ihres Alters und mangelnder Berufserfahrung konfrontiert, häufig verschärft durch andere Faktoren wie Geschlecht, soziale Herkunft oder ethnische Zugehörigkeit, die sich als Hindernisse für ihre Integration in Erwerbsleben und Gesellschaft erweisen.
- Die in der Schule erworbenen Qualifikationen passen nicht immer zur Wissensgesellschaft, und das Ausmaß des Schulversagens bleibt erschreckend hoch. 2002 haben rund 16,5 % der Jugendlichen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Ursachen sind sicherlich vielfältig. Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und Kindern im Schulalter sowie die Modernisierung der Bildungssysteme dürften dieses Phänomen verringern helfen.

- Und Kinder sind ebenfalls dem Armutsrisiko ausgesetzt: betroffen sind 19% der jungen Menschen unter 15 Jahren. Das Risiko wird noch verschärft für diejenigen, die in Ein-Eltern-Familien leben. Eine Konsequenz ist das vorzeitige Schulverlassen, das mittelfristig das Armutsrisko für Jugendliche noch verstärken könnte.

Das Bildungssystem steht also vor einer großen Herausforderung: das Niveau der Grundbildung weiter zu steigern, gleichzeitig aber auch flexible Bildungswege zu bieten. So könnten beispielsweise die Jugendlichen zwischen Schulunterricht, Beschäftigung und berufsbezogener Ausbildung wechseln, um dem Bedarf der Wirtschaft besser gerecht zu werden. Sie müssen auch die Möglichkeiten des Fernunterrichts nutzen können.

Bevölkerungsalterung bedeutet nicht, dass Probleme wie Arbeitslosigkeit und Integration damit automatisch gelöst sind. Sozialpartner, Schulsystem, Behörden, lokale Akteure müssen über die Verbesserung des Integrationsprozesses nachdenken, auch über Diskriminierungen, denen Jugendliche ausgesetzt sind.

2.2. Ein globales Konzept eines „Erwerbslebenszyklus“

Bereits 2005 wird die Zahl der „jungen Erwachsenen“ (25-39) zurückgehen, dies wird sich nach 2010 stark beschleunigen (-16 % zwischen 2010 und 2030). Der Anteil der 40- bis 54-Jährigen wird ab 2010 abnehmen. Gleichzeitig wird der Anteil der Menschen über 55 zwischen 2005 und 2010 um 9,6 % und zwischen 2010 und 2030 um 15,5 % steigen, bevor auch diese Altersgruppe an Zahl stark verlieren wird. Die Unternehmen müssen sich also immer mehr auf die Erfahrung und die Qualifikationen dieser „älteren“ Arbeitnehmer stützen und gleichzeitig diejenigen unter 55 Jahren aktiv darauf vorbereiten, an die Stelle der erstgenannten Gruppe zu treten. Sollten allerdings bestimmte Fortschritte ausbleiben, bleibt die Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen (40,2 % im Jahre 2003, oder 20,5 Millionen Beschäftigte) weit hinter dem europäischen Ziel einer Beschäftigungsquote von 50 % zurück.

Die jungen Erwerbstätigen wünschen sich möglicherweise vor allem Zeit für ihre Kinder und eine Erwerbstätigkeit zu einem späteren Zeitpunkt. Es geht also um eine andere Organisation der Arbeit, anpassungsfähiger und flexibler, und die demografischen Veränderungen können dazu beitragen. Die technologische Entwicklung bietet eine Gelegenheit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Die Qualität der Beschäftigung und die Arbeitsumwelt tragen ebenfalls dazu bei, Menschen im Erwerbsleben zu halten, indem sie Unfallrisiken reduzieren und die Gesundheit der Arbeitnehmer besser schützen, insbesondere bei älteren Arbeitnehmern. Die Vorwegnahme des Strukturwandels trägt dazu bei, den aktiven Lebenszyklus besser zu steuern. So gilt es, Anreize zu schaffen, um das Verhalten zu ändern und Diskriminierungen zu bekämpfen.

2.3. Ein neuer Platz für „Senioren“

Die Zahl der „Senioren“ (65-79 Jahre) wird nach 2010 und bis etwa 2030 stark ansteigen (+37,4 %). Sie werden auch aktiver sein, da gesünder, wenn die aktuellen Trends anhalten. Sie sind schließlich auch wirtschaftlich besser gestellt: immer mehr werden vollständige Rentenansprüche erworben haben und über höhere Rücklagen verfügen als ihre Vorgänger, aber auch als ihre Kinder.

Die „Senioren“ bestimmter Länder entscheiden sich zunehmend dafür, ihren Wohnsitz in eine andere Region oder ein anderes Land zu verlegen: Mobilität ist nicht mehr länger ein Vorrecht der Jungen und der Erwerbstätigen. Ihr Konsumverhalten orientiert sich an neuen Waren und Dienstleistungen. Sie möchten auch aktiv am sozialen Leben teilnehmen: ihre Rolle im gemeinnützigen Sektor ist bereits deutlich sichtbar. Möglicherweise möchten sie auch eine Erwerbstätigkeit verfolgen oder Teilzeitbeschäftigung und Ruhestand kombinieren; diese Entwicklung ist in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Die Beschäftigungsquote der 65- bis 74-Jährigen liegt in der EU (2003) bei 5,6 %, gegenüber 18,5 % in den USA. Einige werden auch ihren Kindern und Enkeln hilfreich zur Seite stehen wollen und eine schrittweise Übergabe ihres Erbes an die jüngeren Generationen sicherstellen.

2.4. Solidarität mit den sehr alten Menschen

Dank einer ständig steigenden Lebenserwartung steigt in unseren Gesellschaften die Zahl der sehr alten Menschen (80+) stark an: +17,1 % zwischen 2005 und 2010, +57,1 % zwischen 2010 und 2030. Damit werden sie fast 34,7 Millionen zählen, gegenüber rund 18,8 Millionen heute. Der Anteil Alleinstehender wird zunehmen, besonders bei den Frauen, die aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung der beiden Geschlechter eher verwitwen. Das Rentenniveau der Frauen ist deutlich niedriger als das der Männer. Frauen haben ein kürzeres Erwerbsleben und ein geringeres Arbeitsentgelt im Laufe ihres Arbeitslebens.

Die Familien können alleine nicht das Problem der Betreuung dieser Personen lösen, seien sie nun auf Hilfe angewiesen oder autonom. Natürlich lassen die Fortschritte im Gesundheitszustand der heutigen Generationen erwarten, dass in Zukunft die sehr alten Menschen länger unabhängig bleiben und ihre eigene Wohnung behalten möchten. Die intensive Pflege wäre dann mehr und mehr auf das Lebensende konzentriert. Aber es wird auch mehr Menschen als heute geben, die nicht mehr eigenständig leben können und eine intensive Betreuung brauchen.

In beiden Fällen wird eine gezielte Betreuung benötigt, die heute in vielen Fällen von den Familien und vor allem von den Frauen geleistet wird. Aber diese beteiligen sich immer stärker am Erwerbsleben. Zudem leben Kinder, wenn sie das Erwachsenenalter erreicht haben, immer weniger bei ihren Eltern. Die Familien müssen also mehr unterstützt werden als heute. Dies ist die Rolle der Sozialdienste und Solidaritätsnetze und von Pflegemöglichkeiten vor Ort.

Zur Lebenssituation älterer Menschen in Spanien, Deutschland, Griechenland und Ungarn

Susann Schuster

1. Einleitung

Es gibt immer weniger Kinder und Jugendliche, aber eine stetig steigende Zahl an älteren und alten Menschen. Wie sollen die europäischen Staaten mit diesem Strukturwandel umgehen, der natürlich auch finanzielle Probleme mit sich bringt? Dies ist einer der Gründe, warum Forschung über das Altern und über das Alter einen wichtigen Stellenwert in ganz Europa einnimmt.

An dem Projekt „Unidos - Seniorenbildung in Europa“ nehmen Universitäten und Einrichtungen aus Deutschland, Griechenland, Spanien und Ungarn teil. Der folgende Text präsentiert einen Auszug aus den von der Projektgruppe zusammen gestellten Erkenntnissen. Dafür wurden hauptsächlich Daten vom Statistischen Bundesamt, Eurostat, Gerostat und anderen im Internet zugänglichen statistischen Datenbanken genutzt. Allerdings wurden in deren Erhebungen von vor 2004 in der Regel nur die EU-15¹ Staaten betrachtet, Ungarn also noch nicht erfasst. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich bei der Suche nach Informationen über die Lebenssituation der griechischen Bevölkerung. Ferner stammen die Untersuchungen aus verschiedenen Jahren und die Erhebungsmethoden unterscheiden sich stark. All dies erschwert einen direkten Vergleich.

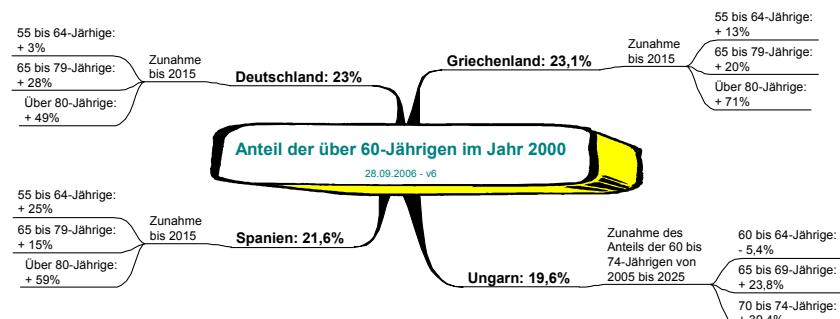
Der vorliegende Text geht folgenden Frage nach: Gibt es gravierende Unterschiede in der Lebenssituation der Senioren in den vier Ländern? Worin zeigen sich diese Unterschiede?

¹ EU-15 = Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, also: Belgien (B), Dänemark (DK), Deutschland (D), Griechenland (EL), Spanien (E), Frankreich (F), Irland (IRL), Italien (I), Luxemburg (L), Niederlande (NL), Österreich (A), Portugal (P), Finnland (FIN), Schweden (S) und Vereinigtes Königreich (UK)

2. Demographische Daten

Europaweit wird der Anteil der Älteren in den nächsten Jahren zunehmen. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der über 60-Jährigen in Deutschland 23 % der Gesamtbevölkerung. Mit 23,1 % ist der Anteil der Älteren in Griechenland fast identisch mit dem in Deutschland. In Spanien ist die Quote mit 21,6 % etwas geringer und in Ungarn sind es 19,6 %.

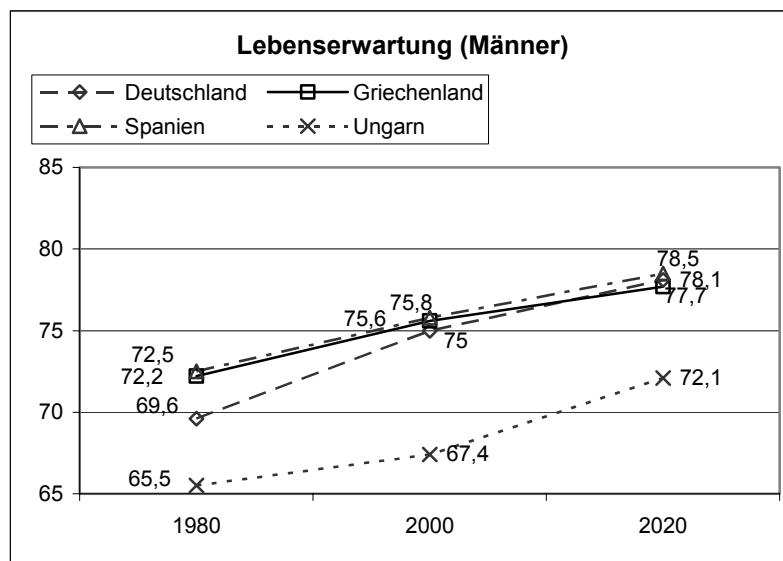
Im Jahr 2015 wird die Zahl der Älteren und Alten weiter steigen. Von 2000 bis 2015 wird der Anteil der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland um 3 % zunehmen, der Anteil der 65- bis 79-Jährigen um 28 % steigen und der der über 80-Jährigen sogar 49 % mehr betragen. Diese Prognose wird noch von Griechenland übertroffen. Dort wird es im Jahr 2015 13 % mehr 55- bis 64-Jährige geben als jetzt, 20 % mehr 65- bis 79-jährige und eine außerordentliche Zahl an über 80-Jährigen: der Anteil soll um 71 % steigen.



Vgl. Europäische Kommission 2003, S. 178 (Datenbasis: Eurostat – Bevölkerungsstatistik) und U.S. Census Bureau 2006 (Datenbasis: U.S. Census Bureau, International Data Base)

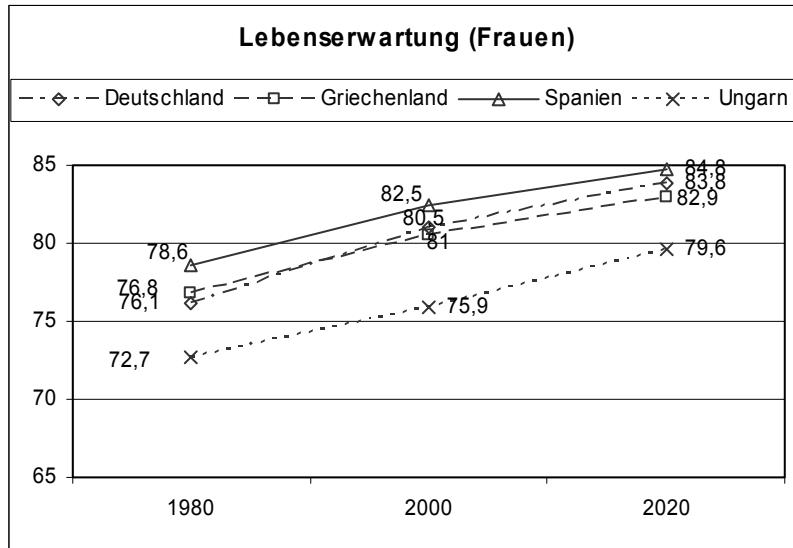
Die Gründe für die Überalterung sind der Rückgang der Geburtenhäufigkeit, die höhere Lebenserwartung und die älter werdenden Menschen der geburtenstarken Jahrgänge.

Unter den vier Ländern hatten und haben die Spanier die höchste Lebenserwartung. Im Zeitverlauf am deutlichsten gestiegen ist sie bei den Deutschen zwischen 1980 und 2000. Lag die Lebenserwartung der deutschen Männer 1980 noch deutlich unter der Lebenserwartung der Griechen und Spanier, so wird sich das voraussichtlich im Jahr 2020 wandeln und die deutschen Männer werden fast so alt wie die spanischen Männer, dicht gefolgt von den griechischen Männern.



Eurostat und UN World Population Prospects: The 2002 Revision

Die Lebenserwartung der deutschen Frauen entwickelt sich ähnlich. Sie haben die griechischen Frauen jedoch schon überholt. Diese höhere Lebenserwartung der Frauen ist auffallend. Sie werden rund 6 Jahre älter, als ihre Männer und das damit verbundene Alleinleben.



Eurostat und UN World Population Prospects: The 2002 Revision

Obwohl der Trend einer steigenden Lebenserwartung auch bei den Ungarn zu sehen ist, so liegt das durchschnittliche Lebensalter deutlich unter Spanien, Griechenland und Deutschland. Betrachtet man die Sterblichkeitsrate von Ungarn, so stellt man dort die höchste Sterblichkeitsrate in den vier Ländern fest.

Sterblichkeitsrate pro 1000 Einwohner nach Land und Jahr:

	D	EL	E	HU
1980	12,2	9,1	7,7	13,6
2000	10,2	9,6	9	13,3

3. Die Gesundheitslage

Die Europäische Gemeinschaft begann 2004 die Bereiche der Lebensweise und andere Gesundheitsfaktoren, also Mortalität und Morbidität, Gesundheitssysteme, Gesundheit und Umwelt, seelische Ge-

sundheit, Unfälle und Verletzungen ausführlicher zu untersuchen, mit dem Ziel Gesundheitsindikatoren und Definitionen zu entwickeln, die Vergleiche über den Gesundheitszustand in der EU möglich machen sollen.

Die häufigsten Todesursachen der 60- bis 74-jährigen europäischen Bevölkerung waren 2003 bösartige Neubildungen und Krankheiten des Kreislaufsystems. Die häufigsten tödlich endenden bösartigen Neubildungen sind in Ungarn zu lokalisieren. In Europa gibt es nur noch ein weiteres Land (Tschechien), in dem so viele Frauen und Männer im Alter zwischen 45 bis 65 Jahren an Krebs sterben. In Spanien und Griechenland erkranken und sterben mehr Männer an bösartigen Neubildungen als Frauen.

Krankheiten des Kreislaufsystems sind hauptsächlich ischämische Herzkrankheiten (41 %), aber auch andere Herzkrankheiten und zerebrovaskuläre Krankheiten. Auch hier ist eine schlechtere gesundheitliche Situation in Ungarn auffallend.

Subjektive Gesundheitseinschätzung

Die Mehrzahl der befragten Männer und Frauen in Spanien und Deutschland gaben an, sich gut oder mittelmäßig zu fühlen. Dabei ist festzustellen, dass die ältere Gruppe, also die der 70- bis 87-Jährigen in Deutschland und die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen in Spanien ihre Gesundheitssituation schlechter einschätzen.

Bei den ungarischen Senioren zwischen 60 und 69 ist die Zahl derer, die sich leicht und sehr ernst durch ihre Krankheit eingeschränkt fühlten, im Vergleich zu den spanischen und ungarischen Senioren, die ihren Gesundheitszustand als schlecht und sehr schlecht einschätzten, jedoch höher. Die schlechte Gesundheitseinschätzung der ungarischen Senioren spiegelt die höhere Mortalitätsrate in Ungarn wider.

Auffallend ist die schlechtere Gesundheitseinschätzung der Frauen. In allen Ländern, zu denen Daten vorliegen, fühlen sich die Frauen meist

gesundheitlich schlechter als die Männer, besonders mit zunehmendem Alter.

4. Die finanzielle Situation im Alter

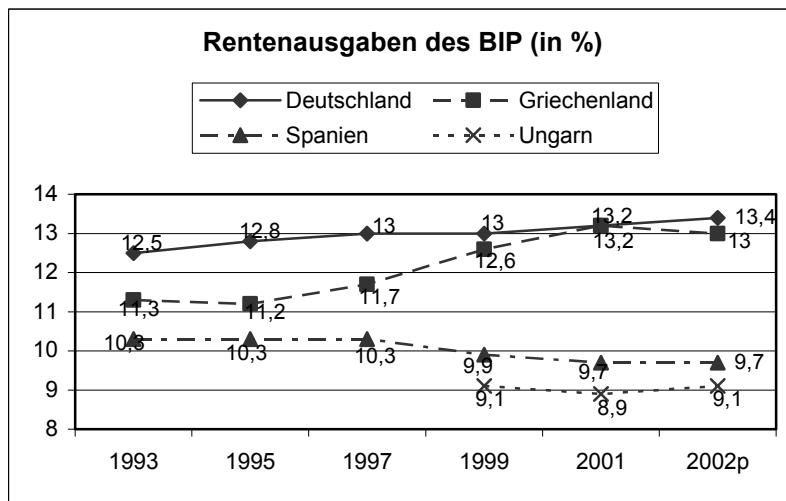
Die finanzielle Situation im Alter ist von unterschiedlichen Faktoren abhängig und die Einkünfte können aus verschiedenen Quellen bezogen werden.

Überwiegend besteht die Absicherung im Alter aus der Rente. Neben den Rentenbezügen sind Leistungen aus öffentlichen Haushalten und anderer Sozialversicherungsträger zur Einkommenssicherung von Älteren möglich. Aber auch die private Versorgung (Vermögen/ Lebensversicherung) spielt – besonders für die Senioren aus den Mittelmeerländern – eine wichtige Rolle.

Die durchschnittliche Rentenhöhe wird nicht in Euro oder Forint angegeben, sondern in KKS (Kaufkraftstandard). Dies ist eine künstliche Währungseinheit, die unabhängig von der unterschiedlichen Währung eines Landes den Wert von Waren ausdrückt. Für einen KKS kann man in jedem Land die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben (vgl. Eriksson/Wolf 2005, S. 183). Die durchschnittliche Rentenhöhe in Europa betrug 1997 ca. 9000 KKS.

Überdurchschnittlich viele finanzielle Mittel im Alter standen 1997 nach dieser Graphik den Deutschen zur Verfügung. Die griechischen Senioren haben im Gegensatz dazu nur die Hälfte der finanziellen Mittel, die in Europa die durchschnittliche Rente ausmachten. Leider sind keine Daten über die Rentenhöhe der Ungarn vorhanden.

Die Höhe der Renten in KKS spiegelt sich in der folgenden Graphik jedoch nur teilweise wider. Das Verhältnis der griechischen und spanischen Rentenbezüge hat sich nach dieser Graphik umgekehrt: Haben 1997 laut der durchschnittlichen Rentenhöhe in KKS die Spanier mehr Rente erhalten als die Griechen, so besagen die Rentenausgaben des BIP im gleichen Jahr ein geringeres Renteneinkommen.



Vgl. Kubitz 2005, S. 2

Auch innerhalb dieser Länder gibt es große finanzielle Unterschiede nach Schichten- und Geschlechterzugehörigkeit. Es kann davon ausgegangen werden, dass das Durchschnittseinkommen der älteren Männer höher als bei älteren Frauen ist. Frauen sind im Alter stärker unter Armut gefährdet als Männer. Ein Grund dafür ist, dass Frauen häufiger keiner Erwerbstätigkeit, oder einer eingeschränkten Erwerbstätigkeit nachgehen, weil sie sich häufiger um die Erziehung der Kinder oder um sonstige Tätigkeiten im Haushalt kümmern als Männer. Dadurch gehen ihnen Beitragsjahre für ihre eigene Rentenversicherung verloren.

In Griechenland und Spanien sind doppelt so viele Frauen arbeitslos wie Männer. Viele Frauen haben aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit keinen Anspruch auf eine eigene Rente. Diese Frauen sind auf die Witwenrente oder auf die Obhut bei den Kindern angewiesen. Darin zeigt sich eine sehr große soziale Abhängigkeit der Frauen. Es bestünde zwar noch die Möglichkeit, eine Mindestsicherung in Anspruch zu nehmen, diese liegt jedoch häufig unter dem gesetzlichen Mindestlohn. In Spanien betrifft die Altersarmut hauptsächlich Frauen und besonders sehr alte Frauen.

5. Wohnsituation / Formen des Zusammenlebens

Am häufigsten lebten die Senioren der vier Länder im eigenen Haushalt mit dem Ehepartner. Die gestiegene Lebenserwartung hat dazu geführt, dass die Verwitwung hauptsächlich im höheren Alter auftritt und dadurch immer mehr alte Menschen allein leben. Dabei ist zu erkennen, dass wesentlich häufiger ältere Frauen betroffen sind. Ein Grund dafür ist die höhere Lebenserwartung der Frauen um ca. sechs Jahre. Im Durchschnitt sind in Deutschland ältere Männer nach dem Tod ihrer Frauen 8 - 9 Jahre allein. Die verwitweten Frauen sogar 14 - 15 Jahre. Da nur die wenigsten erneut heiraten ergibt sich so ein sehr langer Zeitraum des Alleinlebens. Allein leben bedeutet jedoch nicht zwangsläufig Isolation und Einsamkeit.

Zufriedenheit mit Sozialkontakten

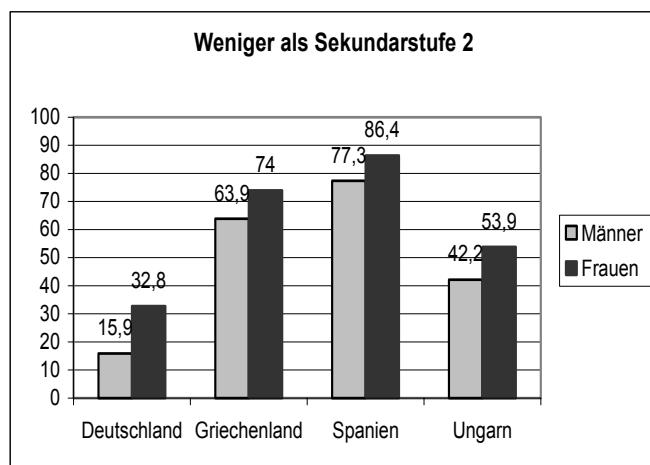
Interessanterweise klagen über Einsamkeit und Langeweile gerade die älteren Menschen aus den Ländern mit den meisten Mehrpersonenhaushalten und den häufigsten Kontakten zu Familienmitgliedern.

Die Kontakte zu Freunden und Verwandten werden von den deutschen und besonders den spanischen Senioren als gut bis sehr gut bezeichnet. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die deutschen Senioren mehr mit ihren Freundschaften zufrieden sind als mit ihrem Kontakt zu ihren Verwandten, und die spanischen Senioren den Kontakt zu Familienangehörigen besser bewerten als den Kontakt zu ihren Freunden. Erfahrungsgemäß nehmen die Kontakte zu Freunden in vielen südeuropäischen Ländern allerdings einen wichtigen Stellenwert im Leben ein.

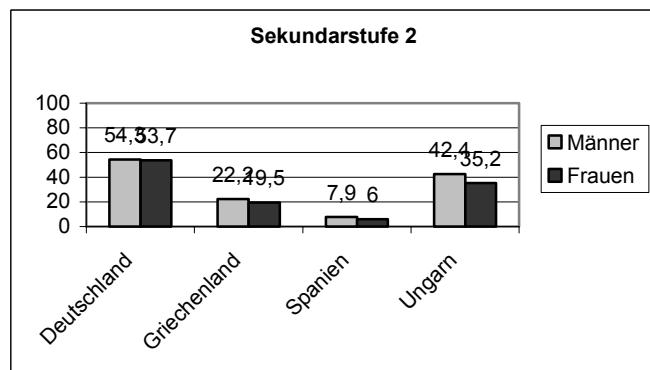
6. Bildung

Wie das Bildungsniveau der 50- bis 64-Jährigen in den vier Ländern aussieht, zeigen die nächsten Graphiken.

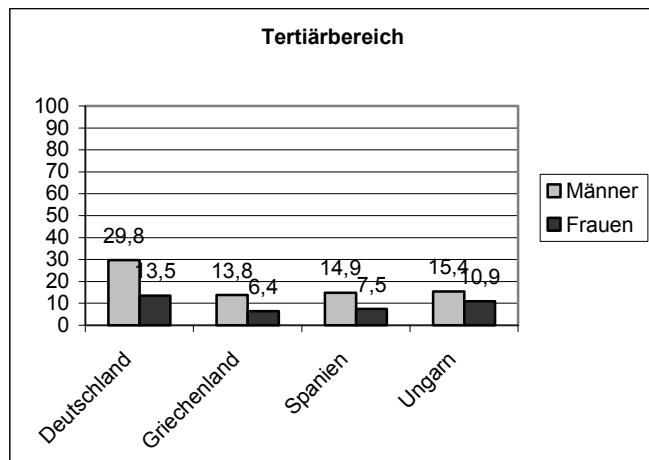
Bildungsniveau der Altersgruppe 50 - 64 nach Geschlecht in %, 2000



Europäische Kommission 2003, S. 182



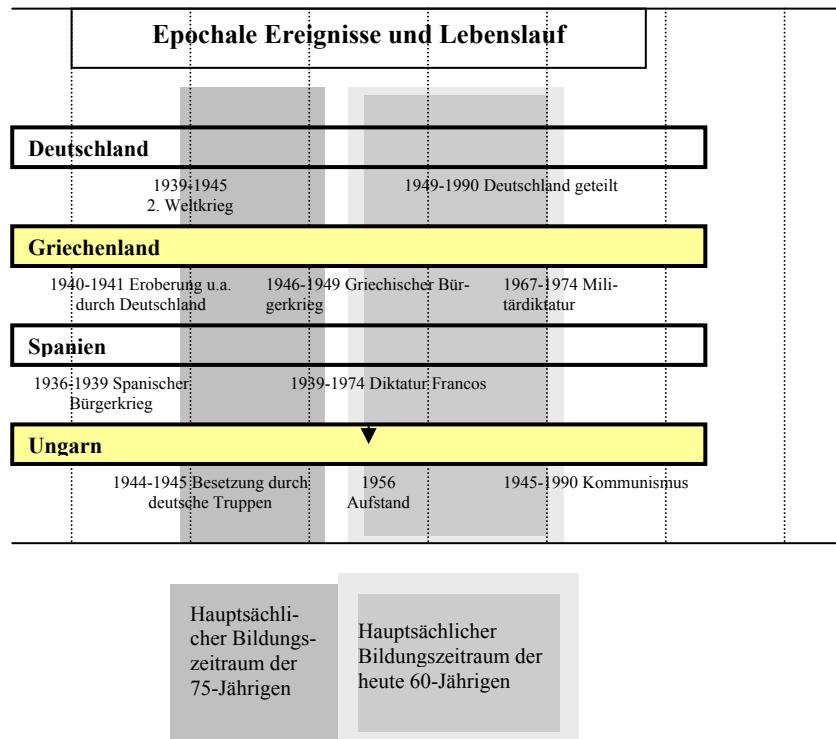
Europäische Kommission 2003, S. 182



Europäische Kommission 2003, S. 182

„...die Alten in Spanien sind zu einem sehr großen Teil wegen unzureichender Bildung, finanziellen und anderen Gründen von der Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben ausgeschlossen: 90 % gehen nicht ins Kino, nur 1 % geht zu Konzerten oder ins Theater, 49 % verreisen nicht, es wird sehr wenig gelesen“ (Heuser 2006).

Viele Spanier über 65 Jahren können nicht lesen. Die Rate der älteren spanischen Analphabeten beträgt 38,1 %. Ein möglicher Grund für diese hohe Quote könnten die Auswirkungen des Bürgerkrieges und die darauf folgende Diktatur Francos sein, was in der folgenden Grafik ersichtlich wird:



7. Zusammenfassung

Besonders in Spanien und Griechenland wird die *Zahl der Älteren* stark zunehmen und eine besondere Herausforderung für das Sozialversicherungssystem darstellen, damit diese Entwicklung nicht zu stärkerer Altersarmut führen wird. Dabei stehen die wenigsten *finanziellen Mittel* bzw. Renteneinkünfte den griechischen und den ungarischen Senioren zur Verfügung.

Die frühere Sterblichkeit der Männer führt in allen vier Ländern zu einer Singularisierung und Feminisierung der Wohnform, was gerade für Frauen mit geringem Einkommen problematisch wird.

Literaturhinweise

- Eriksson, Bengt; Wolf, Jürgen: Ältere Menschen aus europäischen Blickwinkeln. In: Bloemers, Wolf ; Wisch, Fritz-Helmut (Eds.) (2005): European Social Inclusion. Sozialgemeinschaft Europa. Vol. 12. Frankfurt a. M. et al.: Peter Lang.
- Europäische Kommission 2003. Die Soziale Lage in der Europäischen Union, S. 182
- Heuser, Annette et al.: Politik für ältere Menschen in Europa (2006). URL: http://www.ucc.ie/acad/appsoc/tmp_store/EUtexte/Politik%20fuer%20aeltere%20
- Kubitsa, Arne: Renten in Europa 2002: Leistungen und Empfänger. In: *Statistik kurz gefasst*. 11(2005)
- Niederlaender, Elodie: Die Todesursachen in der EU. In: *Statistik kurz gefasst*. 10(2006)
- Schuster, Susann: Lebenssituation älterer Menschen in vier europäischen Ländern. Studienarbeit am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel, Kassel 2006
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2005
- U.S. Census Bureau (Hrsg.): International Data Base (IDB). Summary Demographik Data.



Das Projekt „UNIDOS – Seniorenbildung in Europa“

Ingrid Friedrich

Es handelt sich bei diesem Projekt um eine internationale Lernpartnerschaft im Rahmen des EU-Programms Sokrates/Grundtvig 2. Die Projektteilnehmer sind: **Deutschland** (Universität Kassel), **Spanien** (Universität Almeria und Nationale Gesellschaft für Gerontologie, Granada), **Ungarn** (Nyíregyházi Föiskola, Fachhochschule Nyíregyháza) und seit Herbst 2006 **Griechenland** (Center For Mental Health, Clinical Psychology, Athen)

Das Ziel ist es, ältere Menschen ab 55 Jahren verschiedener Länder durch gemeinsame Bildungsprogramme miteinander in Kontakt zu bringen und ihre Bedürfnisse durch speziell für Ältere entwickelte Bildungsprogramme zu befriedigen. Das Projekt verfolgt damit den Ansatz des lebenslangen Lernens.

Untersucht werden soll, wie ältere Menschen in unterschiedlichen Ländern Europas ihre Zeit nutzen, und zudem werden ihre Interessen, Bedürfnisse, Ängste und Erwartungen ermittelt, um Gemeinsamkeiten zwischen den Menschen in den beteiligten Ländern herauszufinden.

Die Projektpartner treffen sich regelmäßig zu Projektworkshops. Bis-her gab es folgende Begegnungen:

Vorbereitende Projekttreffen:
September 2003 in Brno (Tschechien)
September 2004 in Kassel

Projektworkshops:
09. – 12. Oktober 2005 in Nyíregyháza (Ungarn)
11. - 14. April 2006 in Granada (Spanien)



Nyíregyháza (Ungarn) 2005



Granada 2006

19. – 21. Juli 2006 in Kassel
04. – 08. Oktober 2006 in Almería (Spanien)
März 2007 in Athen (Griechenland).

Bisher wurden folgende Arbeitsschritte unternommen:

- a) Untersuchung der Freizeitgewohnheiten, Lebensstile, Gewohnheiten und Bedürfnisse bei Menschen über 55 Jahre (Frauen und Männer), die in städtischer Umgebung in den am Projekt beteiligten Ländern (Deutschland, Spanien, Ungarn, Griechenland) leben. Das Ziel ist die Entwicklung von Bildungsprogrammen, um zur Verbesserung der Lebensqualität der teilnehmenden älteren Menschen beizutragen.
- b) Analyse der bereits bestehenden Bildungsveranstaltungen (Aulas) für ältere Menschen in diesen vier Ländern, die bisher isoliert und in sehr unterschiedlicher Form in vielen Ländern Europas durchgeführt werden, um deren Ziele, Inhalte, Methoden, konkrete Programme und Arbeitsfelder durch Analyse der Lehr- und Lernpläne zu ermitteln. Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden untersucht, um letztlich ein gemeinsames Bildungsprogramm zu entwickeln, das durch die neuen Informationstechnologien (Internet) unterstützt wird.

Weitere Informationen auf der Homepage des Projekts:
www.mayoresunidos.eu



Kassel 2006



Almeria 2006 – Empfang beim Präsidenten der Universität

Main Issues and Trends in Adult Education in Europe

Jumbo Klercq

Adult education, lifelong and life wide

The OECD defines the concept of lifelong learning as follows: “*This view of learning embraces individual and social development of all kinds and in all settings – formally, in schools, vocational, tertiary and adult education institutions, and non-formally, at home, at work and in the community. The approach is system wide; it focuses on the standards of knowledge and skills needed by all, regardless of age. It emphasizes the need to prepare and motivate all children at an early age for learning over a lifetime, and directs efforts to ensure that all adults, employed and unemployed, who need to retrain or upgrade their skills, are provided with opportunities to do so*”.

As to the role of lifelong learning in the Community Employment Guidelines, it is based on a definition drawn up with a view to boosting the eventual development of a skilled workforce, while taking into account the particular circumstances of each Member State. In this context, the notion of lifelong learning is defined “*as encompassing all purposeful learning activity, whether formal or informal, undertaken on an ongoing basis with the aim of improving knowledge, skills and competencies.*” Clearly, only such a generic abstract definition could accommodate the differing circumstances faced by each country. However, using it becomes a particularly delicate matter when attempts are made to put the concept into practice so as to implement concrete political solutions and identify indicators for measuring the progress actually achieved.

From being a universal and humanistic visionary concept (the Faure report), lifelong education has become an unifying integral part of national and international policies. Yet, as Griffin (1998) has emphasized, this inevitably gives rise to some degree of ambiguity. The persistent question mark over the definition bears witness to this. Jarvis (1998) notes that, since the reappearance of the notion of lifelong

learning in the 1990s, it has been rapidly taken for granted and extolled as a firmly established enterprise. Yet not much research has explored the phenomenon in any depth to find out what really underlies it. As in the case of other desirable social goals, there is a difference between the ideal and the reality, theory and practice, and promises and results.

The issue of defining learning (formal, non-formal and informal) and validation is also a complex one. The survey of Colardyn and Bjornavold illustrates that each Member State has its own definition. They also show that they frequently use different concepts to capture the same activities: *"Different definitions may coexist in a country. Terms like validation, accreditation, certification, recognition and assessment are intermixed and used in parallel to each other. At European level, the challenge is to adopt definitions that are wide enough to embrace national and regional specifics and cultures, but at the same time focused enough to make exchange of experiences possible."*

The 2005 edition of *Key Data on Education in Europe* offers an accurate and detailed picture of education in Europe. The report informs readers about the demographic trends and the employment situation in which education systems are evolving, the way in which systems are organized and how they function, and the role and make-up of the teaching profession. It examines the educational processes that enable people to acquire skills essential for the knowledge society, the relative demand for different types and levels of education, and student mobility. It shows that the demand for skills and qualifications from employers and individuals is changing, as are individual preferences for how, when and where learning is accessed. Demands for learning are also increasing. This requires a great flexibility from education providers and other stakeholders, varying from employers, trade-unions, citizens' organizations, local authorities and the state, particularly in the form of incentives and good conditions for standardized learning programmes as well as for a tailor made approach when and where necessary.

One of the reasons for the changing demands for skills and qualifications is the current and future demographic trends in Europe, briefly characterized as the ageing of the population and immigration.

Ageing population

Population ageing is a process affecting almost all developed countries, although times and rates differ from country to country. It is due to the increased longevity and the ageing of the Baby boomer generations resulting in an increased number of older people. At the same time many countries experienced declining birth rates in the latter part of the twentieth century leading to a decrease in the relative size of the younger age groups. This process has got full attention of the European Commission (see *The Green Paper*).

Leney showed that in most countries, the proportion of 45- 64 year olds began to rise somewhere between 1980 - 2000. By 2020, for example this age category will make up over 30% of the population in Spain and Switzerland and over 26% in the Scandinavian countries, Portugal and the United Kingdom. These trends mean that for most European countries the old-age dependency ratio (the ration of the population aged 65+ to the population aged 20-64) will more or less double over the next 30 years. The recent report of the Dutch Planning Bureau highlights the significance of this shift: "Whereas for every pensioner there are roughly 4 workers in 2000, there are only 2 workers in 2035" (de Mooij & Tang, 2004). Across the EU member states the increasing proportion of older people in the population is accompanied by a decline in the proportion of individuals in the younger age groups.

The consequences of these developments are an increasing pressure on government spending. A declining number of employees pay taxes and a growing number of retired people draw pensions and use publicly funded services such as health and nursing care.

These demographic changes have direct implications for VET:

- The number of older workers with obsolete skills will increase, as technological and work process changes in both manufacturing and service industries. Ways will have to be found to up-skill older workers, and to recognize and make full use of the range of skills they have acquired through their working and wider experience.
- Ways will need to be found for older people to remain active in the workforce for longer than is currently the trend.

- The effects of ageing will have major impact on public sector finances. In many respects this towers over the other implications, as a driver impacting on policy alternatives.

The biggest financial effect of population ageing will be the increasing costs of pensions and health care. The expected increase in expenditures on old-age pensions in a number of countries between 2000 and 2035 falls for many advanced countries in the range of 3 to 5 % of GDP. On current trends, this will have most impact in countries with high levels of social spending, for example through generous pension arrangements. Expenditures increase rapidly in countries as Denmark, Finland and The Netherlands, whereas in Poland for example, where pensions are not indexed to wages, they actually decline as a share of GDP.

Rising pensions and health and nursing costs, resulting from population ageing, are putting increasing demands on government budgets at the same time, the increasing economic competition in global markets raises the pressure on governments to keep taxation levels down in order to remain competitive in the global economy. This creates policy conflicts for public sector spending, including education and training. The current widespread policy debates about who should pay for increased levels of education and training are a result of this. So long as demands for skills and learning opportunities continue to rise, which they are certain to do, and as long as pressures remain on government budgets, policy discussion will continue to focus on how curb VET costs through greater efficiency and how to spread these costs between the state, individual learners and employers.

Immigration

Immigration, the other driving force behind EU demographic change, has grown considerably over the last decade. Notably, Greece and Ireland have changed from a position of net emigration to become hosts of migration. In a certain way it is the counteract of the ageing of the population. At present, it accounts for three quarters of the net growth of the EU-15 population. The situation in the new Member States, on the other hand, has changed very little. In some of the Baltic republics,

the population has even declined as a result of emigration. With the accession of the ten new Member States in 2004, migratory movements from acceding countries to EU-15 countries, historically classified as immigration flows, will become internal mobility. Previous experience and recent estimates suggest that labour mobility from new to old Member States will be moderate, with specific situations in the border regions. Furthermore, in the light of cultural and historical links, new Member States could become host countries for people emigrating to the EU from countries of the former Soviet Union.

However, Europe is not a region of large-scale immigration. In spite of obvious benefits of population rejuvenation, most of the EU member states have limited immigration due to a restrictive Immigration policy. The labour market position of migrants, or non-EU nationals, is substantially worse in respect to the position of EU nationals. The unemployment rate of non-EU nationals in 2002 was twice that of EU nationals. The Kok report (2003) states that the main cause for this situation is that the group has inappropriate or low levels of skill in general as well as cultural and language barriers.

Ray (2004) argues that member states have recognized the crucial role of education in addressing social exclusion and are building integration policies and programs such as skills training programs that attempt to promote education for newcomers, their children and in some cases even long-established migrants. Apart from the group that has low skills in general there is a major problem with high skilled immigrants who do not have the opportunity to have their skills recognized, because frameworks are not in place to evaluate systematically the credentials and educational experiences that newcomers attain prior to immigration, as is the case in the Canada and US (Ray, 2004). Even when knowledge, skills and competences are recognized, the question remains whether employers and society are readily willing to accept credentials and experience gained in other countries.

The low labour market status of migrant populations is well documented in high migration countries, such as France and Germany and the Netherlands.

Important will be an ageing society's attitude to immigration policy, with the possibility of a conflict between growing xenophobia and a shortage of labour, especially in the services sector (nursing). While

influenced by existing social values, immigration has far-reaching implications for societal change, because increased migration streams constantly diversify the population. Futurologists and sociologists are uncertain whether ultimately unity will emerge from diversity or polarization will be caused by minorities. The answer hinges on migrants' identity formation.

A study of the German Bank distinguish between three forms of identity formation: immigrants either develop a "dual identity" (e.g. 75% Turkish, 25% German) and appreciate the possibility of having more than one behavioural option or, second, they adopt entirely the mentality of the host country or preserve the identity of their home country or, third, they do not succeed in building up any form of identity at all, which frequently culminates in a state of uncertainty. Precisely which of these conditions evolves is determined by each individual's "change competence", by their degree of open-mindedness and capacity to learn.

On the societal level it is conceivable that one of three systems will establish itself: either assimilation, polarization or an intercultural system. An optimistic scenario would be that transnational migration processes (which in future will take place mainly between different cultures) break down national and cultural barriers, leading in the long term to the emergence of a global society. Europe can develop into a society with a comparatively diversified group of immigrants who, in the course of time, have developed a uniform identity – like Americans – in many areas. It is equally conceivable, though, that if integration policies meet with no success society will break down into a (large) number of heterogeneous sub-populations in which (many) minorities increasingly pursue their own different interests (polarization or intercultural "multiminority society", depending on the number of minorities). In many EU-countries the integration of immigrants has not been very successful so far, as evidenced in the PISA Programme for International Student Assessment and jobless statistics, in which foreigners fare particularly badly. If a multi-minority society, or possibly even polarization, is to be avoided, a successful integration concept is needed.

When we look at migration and integration concepts of Western European countries from a historical and critical point of view, the bit-

ter conclusion must be reached that none of these concepts has really worked well enough to have generated this for all second and third generation migrants. Of course there are individual examples of well-integrated migrants according to visible criteria as successful career and language competency, but many migrants do not feel comfortable in their host culture because their multicultural competences are not recognized as an asset.

The focus of labour market-related immigration lies on the admittance of job migrants, trainees and highly qualified workers. The controlled immigration of qualified workers should increase the supply of labour and labour market participation as a whole, generating growth as a result and ultimately helping stabilise the social insurance systems. Since immigration should not be allowed to come into conflict with reducing unemployment, immigration legislation should ideally be very flexible, making allowance for uncertainty over future demand for labour. Germany has set the scene in 2002 for other EU-Member States with a new immigration law concerning a points based selection procedure as an optional control tool and a focus on highly qualified and self-employed individuals to boost economic momentum. The admission of immigrants is predicated on the best. In particular, qualified immigrants should be selected according to a uniform nationwide points system. This will take into account factors such as (i) age, (ii) the highest certificate of education obtained, (iii) work experience and additional qualifications, (iv) knowledge of language of the host country, and (v) adaptability.

The Netherlands is the most active naturalisation country among the EU member states. There are no specific quotas or selection by particular professions. An active integration policy is pursued in parallel. Integration courses set out to foster the new immigrants' language skills and identity – but with only moderate success so far. Switzerland has a comparatively strict immigration policy focusing on immigrants of economic and social benefit to the country. Very strict naturalisation laws apply, requiring applicants to have lived in Switzerland for at least 12 years. A general tendency is apparent in many European countries to check the tide of immigration, usually triggered by a political swing to the right (e.g. in Denmark, France or the Netherlands). This is often motivated by existential fears related to job losses and an

increasing sense of alienation. Demographic developments represent a potential source of conflict not only for countries with a "population explosion". In the ageing industrial countries, too, slowing GDP growth will spark conflicts in primary distribution (between the labour and capital available in the market) and politically controlled secondary distribution (taxes, contributions and social benefits).

EU policy and an ageing workforce

The Lisbon agreement set a target for increasing the participation rate for older workers (those aged 50 to 64) in the labour market. It identifies lifelong learning as having a contribution to play, not least through improving older peoples' skills and adaptability.

The European Union has agreed ambitious targets for increasing the active involvement of older workers in the labour market. The targets are that:

- 50% of the EU population in the 55-64 age group should be in employment by 2010; and that
- a progressive increase of about five years in the effective average age at which people stop working in the EU should be sought by 2010, that is to say an average retirement age of 64.

Following up the Stockholm European Council agreement, the Commission proposed a partnership approach (European Commission, 2002). Public authorities are to develop policies to bring about higher participation among older workers in the labour force. They would work closely with the social partners, regional and local authorities and with education and training providers. The Commission recommends a joint approach that focuses on:

- Investing in better access to company training for older employees, enabling them to adapt and keep their skills up to date;
- Finding ways to improve the quality of working conditions and work organisation to meet the needs of older workers, as well as women and disabled workers;
- Changing the view that early retirement is an acceptable solution to problems of restructuring and downsizing;

- Reviewing tax and benefit systems, for example to provide incentives to work after retirement and to discourage or prevent early retirement.

The European Commission reports (European Commission, 2002) that between 2001 and 2002 the employment rate for older workers in Europe increased by 1,3% (a 5% increase in numbers), reflecting the overall increase in employment rates. The increase occurred in expanding sectors and regions, not in contracting ones. Also, the employment rate for women aged 55-64 remains particularly low at around 30%. The Commission's report concludes that some progress is being made towards the targets for the participation of older workers, but "*in spite of these improvements the EU is still far short of both targets, stronger efforts are needed to make the necessary progress*".

On the basis of available evidence, some countries are near or already exceeding the target for participation of older workers, including Cyprus, Denmark, Greece, Portugal, Sweden and the UK. Others are around the EU average, but below the target, including Czech Republic, Germany, Lithuania, Netherlands and Spain. The third group of countries is at least 15 percentage points below the target of 50% participation for older workers. Thus Austria, Belgium, France, Hungary, Italy, Poland and Slovakia sit well below the European average and well below the target. Sweden has the highest participation rate among 50-64 year olds and the highest average retirement age. On the basis of the limited data available, Belgium, Denmark, and Finland have the most rapid growth in the employment rates for 50-65 year olds over the short period covered by the labour force survey.

Despite European Union and national governments' commitment to participation in continuing training, it declines sharply in older workers. According to the Labour Force Survey (Eurostat, 2003), 14% of 25-29 year olds participate in education and training. This compares with 8% of 40-44 year olds and just over 4% of 55-65 year olds. According to the same source, between 1999 and 2002 a highly significant 1% increase (4,7% to 5,7%) in the participation in training of 55-64 year olds took place in the EU15. During the same period the overall increase for all employed people was 0.2%. This is encouraging if the trend continues. But it remains far below the levels of par-

ticipation required by the agreed European targets for the employment of older workers. The need for older people to update and adapt their skills is a very serious challenge. Particularly since they tend to have fewer formal qualifications than younger workers and are under-represented in the uptake of training.

For a longer stay in the work force updating and adapting skills of older workers is relevant. In many countries more than 20% of the 55-64 years old have less than an upper secondary qualification. In 17 countries it is even more than 40%.

There is another factor: jobs are less frequently for life. In an unsupportive labour market, it is even more challenging for older workers to update existing skills and acquire new ones. The Kok Report on creating more employment in Europe endorses the need for a multi-faceted approach to policy, including improved and increased participation in training on the part of older workers. The report points out that: *“Participation in training is low in most member states, but is particularly poor for older workers. Efforts to increase the participation for older workers, especially for the low-skilled, must be intensified as part of a new impetus to build effective and responsive lifelong learning systems and increase participation in training for all”*.

The participation rate in any kind of learning activity (formal, non-formal or informal):

The most significant difference relates to countries, where the participation rates vary from 12% (Hungary) to 89% (Austria). Three groups can be identified: participation rate below one third of the reference population (Hungary, Greece, Spain, Lithuania, Czech Republic, Poland and Estonia); participation between one and two thirds (Cyprus, United Kingdom, Netherlands, Belgium, Germany, Portugal, Latvia, Italy, France, Malta and Slovakia) and countries where education and training covers more than two third of the population (Sweden, Finland, Denmark, Luxembourg, Slovenia and Austria). Participation rates decrease significantly with age (from 50% for 25-34 years old to 30% for the age group 55-64). If younger people are more involved in any kind of learning, it is certainly partly because they are still in the formal education system. The highest differences between these two

groups are seen in Malta (64%), Cyprus (33%), France (29%), Estonia and Poland (25%) and Belgium (24%). On the contrary, Slovenia shows a little difference (8%) and Austria even an increase in participation over the age.

It is clear that traditional North/South, East/West classifications are not longer valid to interpret these differences in a participation rate between countries. Moreover, all recent surveys point out that especially employed and highly educated people have a higher participation in non-formal adult education, but most efforts for non formal education target unemployed persons where the volume of training is nearly three times higher than the training of employed people in most countries.

The Communication "Making a European Area of Lifelong Learning a Reality" shows lifelong learning as crucial for every citizen of Europe without discrimination, if Europe as a whole is to become more prosperous, inclusive, tolerant and democratic. It mentions learning mobility as one of the key factors for Europe to become the most dynamic knowledge society in the world. One of the basic skills for successful mobility is intercultural competence. It is seen as necessary to include multicultural competences in the training of all people involved in teaching and tutoring. The Network on Intercultural Learning in Europe (NILE), a Grundtvig 4 project, mentions not only a need for stronger anti-discrimination policies but also for more recognition and opportunities for democratic participation by ethnic and religious minority groups from diverse cultural backgrounds "who should at the same time be encouraged to identify with or at least to fee a sense of belonging to the country where they have settled."

European societies are witnessing a growing trend towards ethnic, cultural and religious diversity that, post enlargement, will continue due to a combination of factors such as the ageing of the population, labour shortages in certain regions and sectors, political instability and poverty, among others. Measures to promote the inclusion and participation of ethnic minorities are therefore needed.

In the new Member States, immigration is a fairly recent phenomenon and the main focus is on the situation of the historical minorities, including the Roma, who often have lower levels of training and are more likely to live in low income households. It will therefore

be necessary to tackle these problems by combining measures for employment, social inclusion and the fight against discrimination.

Social participation and active citizenship: Europe of diversity

Besides the economic dimension of Europe and its employment strategy there is the social dimension as well , the civil society with a rich diversity of bodies and organizations in which European inhabitants act as active citizenships at local, regional, national or European level. The total potential of active human capital is in itself an important economic value: imagine that all the useful contributions from citizens themselves, individually or organized, incidentally or structurally needed to be expressed in money and be paid – and you realize that European citizens contribute in kind in a more than substantial way.

The social dimension of Europe will also be influenced by the major demographic changes – this process started already earlier than it got its impact on the labour market - in debates about the ageing and multicultural society, with the introduction of intergenerational and intercultural learning, in talking about diversity and diversity management.

The extent of civic mindedness, trust and participation of the population forms the basis of a civil society that influences the economic, social and political performance of a country. In most of the new Member States of central and eastern Europe, civil society is marked by spare participation in public life and distrust of public institutions, a legacy of the previous centralised regimes. Even if civic participation has improved since the beginning of the transition period, it is still lower than in the EU-15 countries.

Despite sustained efforts to develop industrial relations and social dialogue in the ten new Member States, the social partners in these countries still face challenges with a view to fully participating in economic and social governance which the European social model attributes to them. Differences between the industrial relations regimes and the existing social dialogue between the ten new Member States and the EU-15 are substantial, especially as regards the density of employer organisations, which is lower in the ten new countries.

A crucial aspect in the demography of the aged population is the increase of the number of oldest old. Within the process of ageing, the amount of very old persons is increasing the quickest. This is referred to as double-ageing: as the total population ages, so too does the aged population itself age. The amount of oldest-old is steadily increasing in the European Union as a whole and the proportion of the older population over 85 has increased to approximately 14%. In other words, more people are joining the 85+ age group, than are joining the 65+ age group, especially in Italy, Germany and Greece. Double-ageing has implications in terms of gender balance as a high proportion of oldest old are females. Women live significantly longer than men, although this trend is changing. Female life expectancy is not increasing at the same rate as male life expectancy and the difference between the sexes is beginning to diminish.

Life expectancy in the new member states of the European Union is lower than in the original fifteen states. As a result, the average life expectancy for men in the European Union has fallen to 74.8 after enlargement (from 75.8 before enlargement). The fall is less dramatic for female life expectancy, from 81.6 before enlargement to 81.1 after (Eurostat). Life expectancy varies in Europe, ranging from 65.5 in Latvia to 77.2 in Spain for men and from 74.9 in Romania to 83.7 in Spain for women.

The perception and position of senior citizens is changing, especially in the Nordic and West European countries. The idea that they are dependent and in need of special care is making way for a new positive image of senior citizens as active people who enjoy life, want to play a role in society and can take care of themselves. This positive image is not always based on reality though, as low incomes and low levels of education stand in the way of many senior citizens. Education can help to increase senior citizens' ability to do things for themselves, or, in other words, education is an important tool for empowerment. Education in later life gives senior citizens the chance to enjoy life, increases their self-confidence, reinforces their autonomy, and helps them to remain active for as long as possible and to contribute in their community.

Radical changes have in the past frequently also given rise to changes in values. Different living and welfare conditions in one gen-

eration lead to different experiences and habits and ultimately to different attitudes to life. Whereas cultural change has hitherto been dominated by youth, in the coming decades demographic developments will likely lead to a general refocus. The advance of the "new grey-haireds" as the dominant stratum should provoke a cultural reassessment of old age. Either experience, knowledge and inner balance will become new defining values or "youthfulness" will be celebrated even at an advanced age. In the working world the new scarcity of talent could lead to a rediscovery of the "grey achievers". Longer retirement could encourage people to seek a new purpose in life, increasing their social commitment. It is important for society to put in place the environment for a "culture of patronage", both by creating opportunities for social commitment and by raising the social profile of charity work. Generally speaking, an important task for the 21st century will be to find a role for the older generation to play, thus ridding grey-haireds of the feeling that they are no longer needed.

The issue of intergenerational fairness and conflict often focuses on the question: *"Are the old living at the expense of the young or the young at the expense of the old?"* This is certainly not easy to answer. What is true though, is that the really "young" and the really "old" live at the expense of the active, i.e. the working generation. But as far as intergenerational fairness is concerned, less important than how burdens and benefits are distributed over each individual's life is how they add up in total, in other words whether age cohorts fare differently. A society should pursue the "principle of intergenerational fairness", which means that no generation should deliberately be put at an advantage or disadvantage vis-à-vis another. Fully inclusive policies should therefore concentrate on the fair distribution of offices, persons, goods, services, information, nature and the environment, wealth, natural resources and long-range necessities of life among the generations.

This ethos of inclusiveness and integration underpins current policy thinking in the adult education sector and can be illustrated well by the trend towards *inter-culturalism*, "the need to frame educational policy and practice in the context of serving a diverse population as opposed to a uniform one, and the development of curricula, materials, training and in-service, modes of assessment and delivery meth-

ods which accept such diversity as the norm. This refers not only to combating racism and encouraging participation of immigrants, refugees and asylum seekers in education, but also to a recognition that any minority groups such as travellers, people with disabilities, older adults, participants in disadvantaged areas may have distinctive needs and cultural patterns which must be respected and reflected in an education context. It also envisages a more active role by adult educators in the promotion of the Irish language and culture.”

The Grundtvig 4 network PEFETE (Pan-European Forum for the Education of The Elderly) distincts four main strengths of senior citizens' education:

1. *Self-directed and experiential learning*: Senior citizens are often personally involved in their education, they have a lifetime of experience to offer to others and generally feel strongly involved in the education process.
2. *An immense volunteer reserve*: Many activities in senior citizens' education are peer-to-peer activities, senior citizens work as volunteers in senior citizens' education, often acting alternatively as consumer and provider of education. This type of involvement encourages other forms of social participation in the future, utilizing the growing reserve of active older people interested in meaningful activities with which to fill their spare time.
3. *Contributing to cultural heritage and human capital*: Senior citizens can play an important role in distributing a country's cultural heritage. Their personal experiences and stories personalise history and culture, bringing both closer to younger generations. Moreover, senior citizens' role in the dissemination of cultural heritage and history helps promote recognition of older people's relevance to society and the human capital they possess.
4. *Wide range of providers*: An important strength of senior citizens' education is that it is offered by a very wide range of providers; universities and other organisations of formal education, commercial institutes, self organisations, local groups of volunteers, etc. Whether they work closely together or instead compete with one another is of little importance. In both cases the quality of senior citizens' education is usually enhanced.

Different issues in different parts of Europe

Western and Northern European countries

Competency development predominates in formal adult education in Western and Northern Europe. Validation instruments for non-formal and informal learning are being developed in the context of life-long learning and employability. Initial education is no longer considered enough for an individual's whole life. Moreover, the acquisition of knowledge is becoming less important, competency development is considered important now. Competences can be developed through formal education, but more so through informal learning, while working, in domestic and voluntary work and through hobbies.

Mediterranean countries

In Southern Europe adult education still concentrates mainly on the young. The population is well aware of the benefits of education, even though many young people lived under dictatorial regimes whose interest in education was mainly political. Independent education and learning did not exist and many people are still recovering from past developments. Adult education in the Southern European countries is barely structures and adult educators tend to focus mainly on the internal dynamics of the educational process. A process that in the minds of most educators is still strongly linked to social participation, that is to say to be part of a community and making a contribution to it. However a tension is arising as nation's increasing level of education is not reflected in the employment rates. Unemployment continues to exist and sometimes even increase. More and more people are beginning to feel that continued education and updating of knowledge and skills are of little use, as they do not visibly enhance their chances of employment. The fact that education sometimes has so little effect on employability is leading to diminished faith in life-long learning.

Eastern European countries

The Eastern European still struggle with a generation of highly educated senior citizens who have had to leave the labour force at an earlier age than they expected and who now find themselves facing un-

expected socio-economic challenges, especially extremely low pensions. In the past, state education was an extremely important portal into society, both ideologically and emotionally way. Those who were educated were guaranteed employment. Now the situation is completely different. As a result other forms of learning, such as social participation and integration, are becoming more important within adult education, many are hoping that these new education methods will increase their employment. Although these forms of senior citizens' education are becoming more popular, political support and priority are still almost non existent. Moreover, participation in adult education is also proving not to be as much a success in increasing employability as many had hoped. Consequently, less people are participating in adult education than could or should be expected. Governmental promotion campaigns for adult education are not very effective as most people regard them with some level of suspicion. After years of communist oppression most people in Eastern European countries distrust too much governmental involvement in education.

Separated or integrated educational activities

In some countries, such as Germany, senior citizens' education is firmly based in existing adult education. This may simply be due to the fact that senior citizens' education developed from within adult education. But integration in adult education can also be based on specific policy beliefs. In the Czech Republic for example integration in adult educations is a logical result of the policy objective of lifelong learning. Adult education is considered important for all ages and should therefore also be available to all ages. Actually, many countries consider it to be important that general education is accessible to all ages, including senior citizens. However, many of these countries only partially integrate senior citizens' education in general adult education. For example, the NELE-courses in Greece are integrated in existing adult education, while the KAPI-courses are not. The same is the case in Latvia and the Netherlands. The main policy in the Netherlands is that general education should be accessible to older adults and that segregated educational activities should only be provided for very specific educational reasons. This, however, is not reflected in the lar-

large amount of specific courses for senior citizens. In other countries, especially those in southern Europe, such as Italy and Spain, senior citizens' education is not at all integrated within existing adult education. This is not considered a positive development. Both countries feel that senior citizens' education would benefit from integration into general adult education. This would help structure the now ill-structured senior citizens' education and would promote intergenerational exchange. The argument of intergenerational exchange is used in many countries as a reason to integrate senior citizens' education with general adult education. The idea is that senior citizens and younger generations can learn from each other and benefit from the others presence.

Intergenerational approaches

Intergenerational programmes are on the rise in Europe. These programmes bring generations together in purposeful, mutually beneficial activities, which promote greater understanding and respect between generations and help to build more cohesive neighbourhoods. These programmes are inclusive, building on the positive resources that different generations have to offer each other and those around them. Intergenerational approaches are an effective way to address a number of issues, many of them key government priorities, such as building active communities, promoting citizenship, regenerating neighbourhoods and addressing inequality. Many intergenerational programmes also aim to diminish stereotypical perspectives on ageing and to overcome prejudices about the lifestyle, roles and social importance of senior citizens. Most intergenerational initiatives focus specifically on bringing younger (people under 25) and older people (over 50) together. Intergenerational initiatives often fall into three categories:

- members of one generation supporting another;
- people from different generations working together to address community issues;
- people from different generations learning together.

Intergenerational work is only just beginning in certain countries, such as Spain where adult education is eager to try out new ideas for inter-

generational work. In countries intergenerational initiatives do exist, but regional or national policy support is still non-existent. Cyprus is a good example; most initiatives encouraging interaction between students and senior citizens are a result of the commitment and devotion of administrators and officers in various departments and services and not of national policy. Some governments do encourage intergenerational exchange. However, most national policies in most European countries do not explicitly mention intergenerational work and most initiatives depend on the commitment and devotion of practitioners in the field.

Intercultural learning

Whereas intergenerational learning is just beginning and still rather innovative intercultural learning is much more focused on mainstreaming and getting and being embedded in existing educational programs and activities. The NILE-project is playing a key role and functions as a good example of a Grundtvig 4 network. However, consequence of this is that intercultural learning has been developed nowadays more into a kind of umbrella term, than there is one uniform definition. In fact, providers from different countries work with different concepts, depending from political debates about discrimination and integration, inclusion and exclusion, multicultural and intercultural. In all diversity of definitions, there is also a general difference in the perception of intercultural learning in Western and Eastern European countries, namely that an intercultural society is "a society that not acknowledges its internal cultural diversity but affirms that cultural diversity is a richness" holds true for the whole of Europe in which it is not only the responsibilities of the majority, but also for minorities that they must engage in intercultural communication and that intercultural learning is only effective when its activities aim at stimulating active citizenship. "Intercultural learning should be about, first and foremost, learning about the mix of cultures within the national state, the heterogeneous cultures based on the way people organise their lives." Intercultural competence is often termed a key skill, and is recently included in the list of European Key Competencies and can be described as the competence that "embraces knowl-

edge, skills, abilities and attitudes which make it possible to cope with cultural variety at cognitive, emotional and psychomotor levels".

1+1 = new chance

In fact, the complete set of key competences is highly important for the future European citizens, as well as in their working life as in their social life. In particular communication in foreign languages, the digital competence and learning to learn will be a success factor for older adults as well as for migrants to act as active citizens. For the oldest generations working on these key competences can be seen as an extra, a luxury. The current generation 54-65 years old however, have seriously to plan how to maintain these competences. And for those from younger generations there will be seriously problems of exclusion if they do not take their own responsibility for training and up-skilling.

For the second and third generation of migrants the combined needs for intercultural as well as intergenerational learning will create new chances and possibilities to develop new personal and cultural identities (being a Dutch Turk as example) and new career perspectives based on the benefits of a well-developed intercultural competence.

Grundtvig, the old and the new

The first Grundtvig programme as a subcategory in Socrates has played a very stimulating role in the field of learning for later life and in intercultural and intergenerational learning. It included small learning partnerships (Grundtvig 2 for orientation and exploration), collaborative partnerships and train the trainer development (Grundtvig 1 for innovation and implementation) and the thematic networks (Grundtvig 4 for policy influencing and dissemination of knowledge), as well as individual adult education staff mobility grants (Grundtvig 3).

The rather small program (compared with Comenius, Leonardo and Erasmus) experienced in the field enthusiasm, support and inspiration by its "family-based" approach. Organisations are starting in a

learning partnership, sending trainers to Grundtvig 3 courses, developing their own train-the-trainer seminars in Grundtvig 1 and trying the best they can to be included in a Grundtvig 4 network.

In the field of learning for later life this has been a big success: at the very beginning in 2001 there were just 4 projects in the area – now there are 65, including one network, PEFETE – a well-coordinated policy between National Agencies, key actors in the field, and support from the Commission. It might be able to create a good accessible, high quality opportunity for older adults to learn all over Europe. The professional development of adult education staff will be improved and policymakers and other stakeholders are aware of the relevance to stimulate and invest in up-skilling and competence development of older adults. Intercultural learning has been popular from the beginning of Grundtvig and is still multiplying: 64 approved projects in 2000-2001 towards 163 in 2005.

The new generation of community education and training programmes after 2006 probably will offer still more opportunities. There will be one Integrated Lifelong Learning Programme (ILLP), including Comenius, Leonardo, Erasmus and Grundtvig. For the future this will create much more cohesion and integration of lifelong learning actions in continuing education, vocational training, scientific education and adult learning. In particular the mobility programmes will be offer more (combined) opportunities for students, teachers, but also for adult learners for study visits, job shadowing, assistanceships and train the trainer seminars. The Grundtvig part of ILLP will be enlarged with mobility for adult learners (with extra opportunities for senior citizens). If Grundtvig can maintain its focus on non-formal learning and even informal learning it might develop itself as a gateway to other forms of future education including validation of learning, recognition of prior competencies, and competence development in the workplace. The focus on non-formal adult learning is important to ensure that many hard-to-reach-groups will have access to any kind of learning. Attractive joint projects with enterprises, stimulating to enter the modern society full of ICT and learning the digital competence, might be successful as unorthodox learning environments.

Conclusions and recommendations

Existing policies on lifelong learning need to come together in a future-oriented integrated, lifelong learning policy – stimulated and facilitated by the European Communities and initiated and fully supported by its national Member States. The original universal and humanistic visionary concept of lifelong learning that has been modified into a more integral unifying policy term must be strengthened and enforced in a way that Member States are challenged and tempted to reflect upon their own practice of lifelong learning: not only in a conceptual but also in a very pragmatic way. In the framework of lifelong learning adult education needs to play a key role as an easily accessible and very flexible combination of local learning centers and learning partnerships in all countries and interconnected by European projects. Adult education can become the gateway that guides adult learners to other kinds of education and stimulate an attitude of learning to learn. This implicates that the visibility of adult education have to be strengthened, in terms of in what way it reaches hard-to-reach groups and in which way it helps low skilled groups to accept the responsibility for creating their own educational pathways using different learning environments. Visibility means also visibility in terms of outcomes and impact. To enlarge this visibility adult education providers and adult education facilitators need to use their partnerships and ask their partners to improve its value.

Extra attention has to be paid to the current and future demographic trends in Europe, briefly characterized as the ageing of the population and immigration, which are one of the reasons for the changing demands for skills and qualifications. Ways have to be found to up-skill older workers, and to recognize and make full use of the range of skills they have acquired through their working and wider experience – ways will need to be found for older people to remain active in the workforce for longer than is currently the trend – ways have to be created to integrate migrants in an easier way in working and social life - therefore productive partnerships have to be established between social partners (including enterprises as well), local communities and adult education providers. If a multi-minority society, or possibly even polarization (the war between generations), is to be avoided, a suc-

cessful integration concept is needed – of course this creates strong policy debates and probably conflicts for public sector spending, including education and training. However, the combination of an ageing society and the current immigration policy is socio-political dynamite. Therefore the crucial role of adult education in combating social exclusion and building integration policies and programmes such as skills training seminars that attempt to promote education for newcomers, their children and in some cases even long-established migrants has to be acknowledged. The Lisbon targets "50% of the 55-64 age group in employment in 2010" and "an increase in the effective average age at which people are stop working" need stronger efforts from the national government as well as from social partners to be reached. As Kok says: "Participation in training is low in most member states, but is particularly poor for older workers. Efforts to increase the participation for older workers, especially for the low-skilled, must be intensified as part of a new impetus to build effective and responsive lifelong learning systems and increase participation in training for all".

It has been clarified that traditional North/South, East/West classifications are not longer valid to interpret these differences in a participation rate between countries. Moreover, all recent surveys point out that especially employed and highly educated people have a higher participation in non-formal adult education, but most efforts for non formal education target unemployed persons where the volume of training is nearly three times higher than the training of employed people in most countries.

The demographic changes will also influence and challenge the social dimension of Europe: greater mobility of people, including a growing number of migrants of various backgrounds and origins living and working in Europe. Many communities have already become increasingly multicultural in the last decades without recognizing the value of intercultural competences of their citizens. Longer retirement could encourage people to seek a new purpose in life, increasing their social commitment and the new scarcity of young talent in the working world can result in a rediscovery of the "grey achievers". The social need for new intergenerational contracts is growing.

The lifelong learning strategy for the future of Europe consist of "push"-factors such as eliminating early retirement and raising retirement ages and of "pull"-factors such as making training available to older people who want to remain in the labour market or to return to work. They also include developing a more accommodating labour market. So long as demands for skills and learning opportunities continue to rise, which they are certain to do, and as long as pressures remain on government budgets, policy discussion will continue to focus on how curb VET costs through greater efficiency and how to spread these costs between the state, individual learners and employers. However, national governments need also some push and pull from the European Communities to realize effective strategies to cope with the effects of demographic trends towards an ageing population and immigration. These lifelong learning strategies need a strong adult education.

*Quellenangaben:
bei den Herausgebern*

Kasseler Gerontologische Schriften

- Band 1:** Garms-Homolová, V., Hoffmann, A., Schmitz-Scherzer, R., Tokarski, W. (Hrsg.): Professionalisierung und Laiisierung in der sozialen und gesundheitlichen Versorgung alter Menschen. 1984. (vergriffen)
- Band 2:** Tokarski, W. und Schmitz-Scherzer, R. (Hrsg.): Situationen - Konzepte - Perspektiven: Aktuelle Beiträge zur Gerontologie. 1987 (vergriffen)
- Band 3:** Bergmann, S., Naegele, G., Tokarski, W. (Hrsg.): Early Retirement. Variations and Approaches. 1988
- Band 4:** Klausing, G.: Demenz. 1988 (vergriffen)
- Band 5:** Braun, H., Karl., F., Veelken, L. (Hrsg.): Qualitätssicherung, Beratung, soziale Rehabilitation in der Altenarbeit. 1987 (vergriffen)
- Band 6:** Karl, F. und Tokarski, W. (Hrsg.): Die "neuen" Alten. 1989 (vergriffen)
- Band 7:** Tokarski, W.: Zur Situation von Lehre und Studium der Gerontologie in der Bundesrepublik. 1989 (vergriffen)
- Band 8:** Karl, F.: Alte Menschen im Stadtteil. 1989 (vergriffen)
- Band 9:** Gitschmann, P., und Breitenstein, F.: Kommunale Altenhilfepolitik und Organisationsentwicklung im Heim. 1990
- Band 10:** Tokarski, W.: Freizeit- und Lebensstile älterer Menschen. 1989 (vergriffen)
- Band 11:** Bracker, M., Meiswinkel, P.: Quantitative und qualitative Methoden der Sozialforschung in der sozialen Gerontologie - unter besonderer Berücksichtigung des Aspektes Hilfsbedürftiger im Alter. 1991 (vergriffen)
- Band 12:** Backes, G., Neumann, E.-M.: Ältere und alte Frauen in Berlin (West) - geschlechtsspezifische Alter(n)sproblematik in der Großstadt. 1991
- Band 13:** Braun, H.: Bestimmungsgrößen für den Pflegeplatzbedarf älterer Menschen. Qualitative und quantitative Aspekte. 1992
- Band 14:** Radebold, H. (Hrsg.): Psychoanalyse und Altern. 1992
- Band 15:** Karl, F. und Schmitz-Scherzer, R. (Hrsg.): Soziale Gerontologie - Wissenschaft und Praxis. 1994 (vergriffen)
- Band 16:** Fliedner, G.: Altwerden in Unfreiheit. 1994
- Band 17:** Jansen, B. und Friedrich, I. (Hrsg.): Soziale Gerontologie - ein Herstellungsprozess. 1997 (vergriffen)
- Band 18:** Friedrich, I. und Schmitz-Scherzer, R.: Gerontologie in der spanischen Welt. 1997
- Band 19:** Klein, U.: Netzwerkarbeit und ambulante Rehabilitation. Das Berliner Modell der Koordinierungsstellen. 1996
- Band 20:** Karl, F.: Performanz im Kontext. Plurales und polares Alter im Quer- und Längsschnitt. 1996 (vergriffen)
- Band 21:** Sperling, H. und Wiese, M.: Gerontopsychiatrische Weiterbildung. 1997 (vergriffen)

- Band 22:** Jansen, B. und Karl, F.(Hrsg.): Lebensweltorientierung oder Marktdiktat. Zur Zukunft Sozialer Arbeit (mit Älteren). 1997 (vergriffen)
- Band 23:** Ostermann, K. (Hrsg.): Ambulante und mobile Rehabilitation. Tagung anlässlich des Ruhestandes von Herrn Prof. Dr. H. Radebold am 3. und 4. Dezember 1997 in Kassel. 1999 (vergriffen)
- Band 24:** Franke, L.: Psychosoziale Beratung für Angehörige Demenzkranker. 2000 (vergriffen)
- Band 25:** Scheffler, I.: Alter und Altern im Märchen. 2000 (vergriffen)
- Band 26:** Ostermann, K./ Kretschmann, R./ Sprung-Ostermann, B.: Therapie und Rehabilitation in der Geriatrie - Geriatrische Rehabilitation und Altenhilfe. 2000 (vergriffen)
- Band 27:** Weißleder, B.: Gewinnung von Zeitspenden im Fundraising. 2001
- Band 28:** Karl, F./ Aner, K. (Hrsg.): Die „neuen Alten“ – revisited: Kaffee Fahrten – Freiwilliges Engagement – neue Alterskultur – Intergenerative Projekte. 2002 (vergriffen)
- Band 29:** Schilling, A.: Ältere Menschen im Krankenhaus. Sozialarbeiterische Beratung vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen im Gesundheitswesen. 2003
- Band 30:** Karl, F./ Zank, S. (Hrsg.): Zum Profil der Gerontologie. 2002. 2. Auflage 2004 (vergriffen)
- Band 31:** Friedrich, I.: Die Darstellung älterer Menschen in der Fibel. 2004
- Band 32:** Karl, F./ Meyer, M. (Hrsg.): Internationale Gerontologie. 2003
- Band 33:** Ostermann, K.: Verlauf geriatrischer Rehabilitation am Hufland-Haus und Übergang in die häusliche/stationäre Pflege. 2004 (vergriffen)
- Band 34:** Nauland-Bundus, S.: Generationenbeziehungen zwischen Großeltern und Enkeln im Spiegel der Kinder- und Jugendliteratur. 2004
- Band 35:** Karl, F. (Hrsg.): Educampus im Sozialwesen. Materialien zum Projekt „Pädagogische Nutzung gerontologischen Wissens“. 2005
- Band 36:** Powell, J.: Hilfen zur Kommunikation bei Demenz. Bulgarische Übersetzung. 2006
- Band 37:** Karl, F./ Friedrich, I. (Hrsg.): Seniorenbildung in Europa. 2006
- Band 60:** Friedrich, I., Jansen, B., Karl, F. (Hrsg.): Theoria cum Praxi. Reinhard Schmitz-Scherzer zum 60. Geburtstag. 1998 (vergriffen)

Bestelladresse

Verein zur Förderung der angewandten Gerontologie (VFG) e.V.
Postfach 10 33 62
34033 Kassel